

**Erschienen in:** Zeitschrift für Parlamentsfragen 36, 2005, 100-116.

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

Die Ersten werden die Ersten sein.  
Reihenfolgeeffekte bei der bayerischen Landtagswahl 2003

Harald Schoen  
Institut für Politikwissenschaft  
Johannes Gutenberg-Universität  
Saarstraße 21  
55099 Mainz  
Email: harald.schoen@politik.uni-mainz.de

Thorsten Faas  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Duisburg-Essen – Campus Duisburg  
Lotharstraße 65  
47048 Duisburg  
Email: thorsten.faas@uni-duisburg.de

## 1. Einleitung

„Gehen Bayerns Uhren wirklich anders?“ Diese Frage, um die vor einiger Zeit in der politischen Kultur-Forschung eine Kontroverse ausgetragen wurde,<sup>1</sup> kann in bezug auf das Landtagswahlssystem unstrittig mit „Ja“ beantwortet werden.<sup>2</sup> Denn während in vielen Bundesländern die Bürger nur eine Stimme für eine Partei oder einen Kandidaten oder analog zur Bundestagswahl zwei Stimmen – eine an einen Direktkandidaten und eine an eine Parteiliste – vergeben dürfen,<sup>3</sup> bietet das bayerische Wahlsystem den Bürgern die Möglichkeit, *zwei Kandidatenstimmen* abzugeben.<sup>4</sup>

Das bayerische Wahlsystem regelt, wie die derzeit 180 Abgeordneten des Landtags bestellt werden. 92 werden direkt in *Stimmkreisen* (wohlgemerkt nicht *Wahlkreisen* – auch terminologisch gehen die bayerischen Uhren also anders) nach dem Prinzip der relativen Mehrheitswahl der Erst- (oder Stimmkreis-)stimmen ermittelt.<sup>5</sup> Mit der Zweit- (oder *Wahlkreisstimme*) entscheiden sich die Wähler für einen Kandidaten auf einer der wahlkreisspezifischen (aber innerhalb der einzelnen Wahlkreise grundsätzlich einheitlichen) Parteilisten,<sup>6</sup> wobei die Wahlkreise funktional den Bundesländern bei Bundestagswahlen und geographisch den sieben bayerischen Bezirken entsprechen. Zur Ermittlung der Gesamtzahl der Mandate, die einer Partei in einem der sieben Wahlkreise zustehen, werden die Gesamtstimmen, also die Summe aus Erst- und Zweitstimmen, für eine Partei und deren Kandidaten errechnet und auf dieser Basis die Mandate nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren auf die Wahlkreislisten verteilt. Von dieser Gesamtzahl an Mandaten werden die Stimmkreismandate abgezogen; die einer Partei verbleibenden Sitze werden mit Kandidaten von der Wahlkreisliste besetzt. Die Reihenfolge der Kandidaten ergibt sich dabei aus der Zahl der individuellen Erst- und Zweitstimmen. Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass alle Stimmkreiskandidaten zugleich auf der Liste ihrer Partei in jenem Wahlkreis, zu dem ihr Stimmkreis gehört, stehen müssen. Allerdings tauchen sie in ihrem Stimmkreis nicht auf der Wahlkreisliste auf, da sie sonst mit beiden Stimmen gewählt werden könnten, was zu vermeiden ist, da beide Stimmen bei der Mandatsvergabe zählen. In der Folge ergeben sich zwischen einzelnen Stimmkreisen Unterschiede in der Zusammensetzung und Reihenfolge der eigentlich fixen Wahlkreislisten.

---

<sup>1</sup> Siehe Jürgen W. Falter, Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 13. Jg., 1982, S. 504-520, Alf Mintzel, Gehen Bayerns Uhren wirklich anders?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 18. Jg., 1987, S. 77-93, Jürgen W. Falter, Wie gehen sie denn nun wirklich, die bayerischen Uhren? Einige Anmerkungen zu Alf Mintzels ‚Zurückweisung einer falschen These‘, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 19. Jg., 1988, S. 113-114.

<sup>2</sup> Siehe zum bayerischen Wahlsystem etwa Emil Hübner, Das bayerische Landtagswahlrecht. Grundzüge – Nutzung – Reformmodell, in: Reinhold L. Bocklet (Hrsg.), Das Regierungssystem des Freistaates Bayern, München 1979, Band 2, S. 279-294, Rainer-Olaf Schultze/Jürgen Ender, Aus aktuellem Anlaß: Bayerns Wahlsystem – verfassungspolitisch bedenklich?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22. Jg., 1991, S. 150-160, Gerhard Zeh, Benachteiligung kleiner Parteien durch das Bayerische Landeswahlgesetz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 23. Jg., 1992, S. 362-376, Karsten Schuster/Friedrich Pukelsheim/Mathias Drton/Norman R. Draper, Seat biases of apportionment methods for proportional representation, in: Electoral Studies 22, S. 659ff. sowie grundlegend Gesetz über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002.

<sup>3</sup> Siehe für einen Überblick etwa <http://wahlrecht.de/landtage/index.htm>.

<sup>4</sup> Siehe hierzu auch die Stimmzettelmuster unter [http://www.statistik.bayern.de/lw/Stz\\_muster.htm](http://www.statistik.bayern.de/lw/Stz_muster.htm).

<sup>5</sup> Allerdings muss gleichzeitig die Partei des erfolgreichen Bewerbers mindestens fünf Prozent aller gültigen Stimmen landesweit erhalten.

<sup>6</sup> Kreuzt der Wähler statt eines Bewerbers den Wahlvorschlag insgesamt (Partei oder Wählergruppe) an, so wird der Stimmzettel dadurch nicht ungültig, sondern wird bei der Bestimmung der Mandate, die auf die einzelnen Parteien entfallen, berücksichtigt; natürlich aber nicht bei der Bestimmung der Reihenfolge der einzelnen Kandidaten, die dann für die Parteien in den Landtag einziehen.

Die Bayerische Verfassung bezeichnet dieses Wahlsystem selbstbewusst als "verbessertes Verhältniswahlrecht"<sup>7</sup>, da alle Kandidaten eine regionale Anbindung besitzen und zudem die Reihenfolge der Kandidaten vom Wähler bestimmt werden kann. In der Tat gibt vor allem letzteres den Bürgern ein vergleichsweise großes Potenzial, die personelle Zusammensetzung der Landtagsfraktionen unabhängig von den Listenvorschlägen der Parteien zu bestimmen. Die Wähler können also ihre politischen Präferenzen, insbesondere ihre Kandidatenpräferenzen, differenzierter (und mit größerem Einfluss) zum Ausdruck zu bringen; insofern entspricht Bayern tatsächlich Forderungen an ein gutes Wahlsystem.<sup>8</sup>

Einige Indizien deuten jedoch darauf hin, dass die Wähler diesen Einfluss nicht notwendig im intendierten Sinne nutzen. Zum einen ist daran zu erinnern, dass selbst im unmittelbaren Umfeld von Bundestagswahlen nur ungefähr fünfzig Prozent der Wahlberechtigten zentrale Elemente des Bundestagswahlsystems kennen.<sup>9</sup> Daher ist erst recht zu erwarten, dass viele Wahlberechtigte das außergewöhnliche bayerische Wahlsystem nicht kennen und nicht wissen, dass sie auch mit ihrer Zweitstimme für einen Einzelkandidaten auf einer Parteiliste und nicht direkt für eine Partei votieren sollen, und daher keine entsprechende Kandidatenpräferenz entwickeln. Zum anderen deuten Erfahrungen aus anderen Ländern auf unerwartete (und das Potenzial eines Wahlsystems nicht ausschöpfende) Stimmuster hin. So scheinen etwa in Australien Wähler die vom dortigen alternative vote-System eröffnete Möglichkeit, auf einer Kandidatenliste Präferenzstimmen zu vergeben, dazu zu nutzen, die vorgegebene Reihenfolge zu bestätigen – gleichsam wie Esel ‚abzunicken‘, weshalb Beobachter von einer „donkey vote“ sprechen.<sup>10</sup> Sollte eine ähnliche Tendenz in Bayern auftreten, müssten die Kandidaten auf den vorderen Listenplätzen, vor allem aber die Listenführer allein wegen ihrer exponierten Listenposition ein besonders gutes Stimmergebnis erzielen. Damit würden aber die mit dem doppelten Personenvotum verbundenen Hoffnungen herb enttäuscht, da die Vorschläge der Parteien bestätigt würden.

An dieser Stelle setzt der vorliegende Aufsatz an. Er geht der Frage nach, inwieweit die Wähler bei der bayerischen Landtagswahl vom 21. September 2003 bei der Vergabe ihrer Wahlkreisstimmen von der Reihenfolge der Kandidaten auf der Parteiliste beeinflusst wurden: Ha-

---

<sup>7</sup> Artikel 14 Abs. 1 Bayerische Verfassung.

<sup>8</sup> Siehe etwa Michael Dummett, *Principles of Electoral Reform*, Oxford 1997, S. 6.

<sup>9</sup> Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck, *Denn sie wissen nicht, was sie tun... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 24. Jg., 1993, S. 393ff., Jürgen Maier, *Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland*, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk?*, Opladen 2000, S. 152ff., Harald Schoen, *Appelle zu taktischem Wahlverhalten – effektive Werbung oder verfehlte Wahlkampfretorik?*, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk?*, Opladen 2000, S. 648f.

<sup>10</sup> Siehe m.w.L. etwa Robert Darcy/Ian McAllister, *Ballot Position Effects*, in: *Electoral Studies*, 9. Jg., 1990, S. 5ff.

ben Bewerber, weil sie auf der Liste einen vorderen Platz einnahmen, *ceteris paribus* ein besonders gutes (Wahlkreis-)Stimmergebnis erzielt? Haben die Listenführer besonders profitiert? Dazu werden im nächsten Abschnitt Positionseffekte theoretisch diskutiert. Anschließend werden die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahl 2003 empirisch analysiert, ehe die zentralen Befunde kurz zusammengefasst und diskutiert werden.

## 2. Reihenfolgeeffekte aus theoretischer Sicht

### 2.1 Reihenfolgeeffekte bei der Wahlentscheidung

Die äußeren Umstände, unter denen die Bürger ihre Wahlentscheidung treffen, finden in der wahlsoziologischen Literatur seit geraumer Zeit einige Aufmerksamkeit. Bereits die frühen Arbeiten der sozialpsychologisch orientierten Michigan-Schule schenken der Ausgestaltung des Wahlzettels Beachtung. So zeigen sie etwa, dass die Möglichkeit, mit einem einzigen Kreuz bei allen anstehenden Wahlen für die Kandidaten ein und derselben Partei zu votieren (also ein sogenanntes „straight ticket“ abzugeben), das Stimmensplitting deutlich abnehmen lässt. Dies betrifft vor allem Personen mit schwach ausgeprägter Parteibindung und damit geringer politischer Motivation. Als Erklärung führen die Autoren an, dass die Möglichkeit, mit einem Kreuz ein straight ticket abzugeben, diesen Personen die Aufgabe, ihre Stimme mit möglichst geringem Aufwand abzugeben, erheblich stärker erleichtert als anderen Personen.<sup>11</sup> Wähler, die ihre Entscheidung nicht anhand eines politisch substanziellen Kriteriums, etwa einer Parteibindung, treffen können, scheinen also vergleichsweise leicht von technischen Details des Wahlvorgangs beeinflusst zu werden.

Mit dieser Argumentation, die mit Simons satisficing-Theorem in Einklang steht,<sup>12</sup> lassen sich Wirkungen der Reihenfolge von Kandidaten und Parteien auf deren Stimmerfolg postulieren. Bürger, die eine starke politische Motivation besitzen und anhand dieser zwischen den Angeboten unterscheiden können, dürften sich von der Anordnung der Bewerber oder Parteien nicht beeinflussen lassen. Beispielsweise dürften Parteianhänger bei einer Entscheidung zwischen Parteien oder Kandidaten verschiedener Parteien unabhängig von der Reihenfolge der Angebote stets für ihre Partei votieren. Anders verhält es sich, wenn ein Bürger seine substanziell begründeten Kriterien nicht anwenden kann oder überhaupt keine solchen besitzt; der erste Fall liegt etwa vor, wenn ein Parteianhänger zwischen den Kandidaten einer Partei ent-

---

<sup>11</sup> Vgl. Angus Campbell/Warren E. Miller, *The Motivational Basis of Straight and Split Ticket Voting*, in: *American Political Science Review* 51. Jg., 1957, S. 293ff, Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *The American Voter*, New York 1960, S. 266ff.

<sup>12</sup> Vgl. Herbert A. Simon, *A Behavioral Model of Rational Choice*, in: *Quarterly Journal of Economics*, 69. Jg., 1955, S. 99ff.

scheiden muss – zu denken ist etwa an die etwa in den USA verbreiteten parteiinternen Vorwahlen<sup>13</sup> – oder ein Bürger zwar eindeutige policy-Präferenzen besitzt, aber die policy-Positionen der zur Wahl stehenden Angebote nicht kennt. Der zweite Fall ist gegeben, wenn politisch Indifferente aus reinem Pflichtgefühl oder wegen einer sanktionsbewehrten gesetzlichen Wahlpflicht ihre Stimme abgeben. Um mit möglichst geringem Aufwand ein Votum abzugeben, werden Personen unter diesen Bedingungen daher auf dem Stimmzettel nicht nach der politisch optimalen Lösung suchen, sondern die Angebote der Reihe nach durchgehen und sich für das erste akzeptable, wenngleich womöglich suboptimale entscheiden. Da diese Wähler politisch wenig informiert sind, dürfte praktisch jedes Angebot akzeptabel sein, weshalb das erste Angebot auf dem Stimmzettel besonders gute Chancen besitzt.<sup>14</sup> In jedem Fall darf man sich aber von vorderen Plätzen einen Stimmenbonus erwarten.<sup>15</sup>

## 2.2 Reihenfolgeeffekte bei der bayerischen Landtagswahl 2003

Die vorgestellte Argumentation lässt bei der Vergabe der Wahlkreisstimmen bei der bayerischen Landtagswahl 2003 deutliche Reihenfolgeeffekte zugunsten vorne platzierter Kandidaten, insbesondere aber zugunsten von Listenführern erwarten. Denn beim Personenvotum, das bei der bayerischen Wahlkreisstimme gefordert wird, handelt es sich um eine ungewöhnliche und daher in der Wählerschaft vermutlich weithin unbekannte Regelung. Daher dürften sich Bürger – im Glauben, die Zweitstimme sei wie auf Bundesebene eine reine Parteistimme –

---

<sup>13</sup> Siehe etwa Martin Fishbein/Icek Ajzen, Attitudes and Voting Behaviour: An Application of the Theory of Reasoned Action, in: Stephenson, Geoffrey M./Davis, James H. (Hrsg.): Progress in Applied Social Psychology, Band 1, Chichester: John Wiley & Sons 1978, S. 278, Larry Bartels, Presidential Primaries and the Dynamics of Public Choice, Princeton: Princeton University Press 1988.

<sup>14</sup> Bei einer akustischen Präsentation der zur Wahl stehenden Möglichkeiten wäre dagegen ein Bonus zugunsten des letzten Angebots plausibel. Siehe etwa Norbert Schwarz/Hans Jürgen Hippler/Elisabeth Noelle-Neumann, A Cognitive Model of Response Order Effects in Survey Measurement, in: Norbert Schwarz/Seymour Sudman (Hrsg.), Context Effects in Social and Psychological Research, New York 1992, S. 187-201.

<sup>15</sup> Vgl. Joanne M. Miller/Jon A. Krosnick, The Impact of Candidate Name Order on Election Outcomes, in: Public Opinion Quarterly, 62. Jg., 1998, S. 294f., Jonathan GS Koppell/Jennifer A. Steen, First Guys Finish First: The Effect of Ballot Position on Election Outcomes, in: Journal of Politics, 66. Jg., S. 267ff. Siehe für eine andere Argumentation, die zum gleichen Ergebnis führt: Jonathan Kelley/Ian McAllister, Ballot Paper Cues and the Vote in Australia and Britain: Alphabetic Voting, Sex, and Title, in: Public Opinion Quarterly 48, S. 453f. Siehe auch Milton Lodge/Kathleen McGraw/Patrick Stroh, An Impression-Driven Model of Candidate Evaluation, in: American Political Science Review, 83. Jg., 1989, S. 399ff. Zu einem ähnlichen Ergebnis führt eine andere Argumentation, die nicht zwingend eine schwache politische Motivation voraussetzt und sich auf zahlreichen Feldern psychologischer Forschung bewährt hat. Sie geht davon aus, dass Menschen Objekte im Zweifel positiv bewerten, und zwar deshalb, weil sie eher in ihrem Gedächtnis eher nach Gründen suchen, sich für eine Option zu entscheiden, als nach Gründen dagegen. Gehen Wähler nun eine Liste von Bewerbern durch, dürften sie bei jedem Bewerber zunächst Gründe suchen, für ihn zu stimmen; da sie aber im Laufe der Zeit ermüden, dürften sie immer weniger intensiv suchen, so dass am Ende für den ersten Bewerber die meisten Argumente sprechen dürften. Im Endergebnis dürfen Bewerber auf vorderen Positionen, vor allem aber an der Spitze der Liste positionsbedingt mit einem Stimmenbonus rechnen. Vgl. hierzu Miller/Krosnick, a.a.O., S. 293ff., Jon A. Krosnick, Response Strategies for Coping with the Cognitive Demands of Attitude Measures in Surveys, in: Applied Cognitive Psychology, 5. Jg., S. 213ff.

vor der Wahl über die Wahlkreiskandidaten kaum oder überhaupt nicht informieren, so dass sie zwischen Bewerbern auf einer Parteiliste nicht nach substantziellen Kriterien entscheiden können. Etliche von ihnen werden dennoch an der Wahl teilnehmen, da sie aus Pflichtgefühl ihre Stimme abgeben, wegen einer Parteibindung ‚ihre‘ Partei unterstützen oder einen Spitzenkandidaten als Ministerpräsidenten sehen wollen. Sieht man einmal vom ersten Fall ab, in dem die Wähler vollkommen ratlos sind, geben ihnen die beiden anderen Motive ein Kriterium an die Hand, zwischen verschiedenen Parteien zu entscheiden, aber nicht zwischen den Bewerbern auf einer Parteiliste, es sei denn, der bevorzugte bayernweite Spitzenkandidaten ist dort zu finden. Diese Bürger, die ohne Präferenz für einen Listenkandidaten in der Wahlkabine stehen, könnten sich aus der Affäre ziehen, indem sie als bestmögliche Näherung an eine Parteistimme für den erstmöglichen Kandidaten der Partei (also den Listenführer) votieren, was für einen starken positionsbedingten Stimmenbonus der Listenführer spricht.

Alles in allem sind daher bei der Vergabe der Wahlkreisstimmen bei der bayerischen Landtagswahl 2003 Effekte der Listenposition auf die Wahlentscheidung der Bürger zu erwarten. Sie sollten dazu führen, dass Personen auf vorderen, vor allem aber auf vordersten Listenplätzen unabhängig von ihren politischen Standpunkten oder persönlichen Qualitäten besser abschneiden als jene auf hinteren Plätzen.

### 3. Daten und Untersuchungsdesign

Als Datengrundlage unserer Analyse dienen die offiziellen Zweitstimmenergebnisse der Bewerber bei der bayerischen Landtagswahl 2003 *auf der Ebene einzelner Stimmkreise*.<sup>16</sup> Analysiert werden dabei nicht die absoluten Stimmenzahlen, sondern der Anteil eines Kandidaten an den Zweitstimmen, die *alle Kandidaten seiner Partei* im betreffenden Stimmkreis insgesamt erhalten haben, da uns das Abschneiden einzelner Kandidaten innerhalb einer Liste interessiert. Weicht die resultierende empirische Verteilung dieser Wahlkreisstimmen von einer Gleichverteilung über alle Kandidaten einer Partei in einem Stimmkreis ab, liegt ein erster Anhaltspunkt für Reihenfolgeeffekte vor.

Um solche Effekte zu messen, werden zwei Variablen verwendet. Zum einen wird eine metrische Größe eingesetzt, die die relative Position eines Kandidaten auf der jeweiligen Wahlkreisliste seiner Partei in standardisierter Form abbildet. Sie ermöglicht es, generell Effekte

---

<sup>16</sup> Uns interessiert damit zwangsläufig nicht, wer in den Landtag einzieht und wer nicht, denn dazu müssten wir angesichts des Verrechnungsverfahrens auch die Erststimmen einbeziehen.

der Reihenfolge zu ermitteln.<sup>17</sup> Zusätzlich wird eine sogenannte Dummy-Variable verwendet, die für die jeweiligen Listenführer den Wert 1 annimmt, für alle anderen Kandidaten dagegen den Wert 0. Mit ihrer Hilfe lässt sich prüfen, ob Listenführer einen besonderen Bonus genießen.<sup>18</sup>

Ein einfacher Vergleich der Stimmenanteile für diese relativen Listenpositionen erlaubt es im vorliegenden Fall allerdings nicht zwingend, auf einen eigenständigen Positionseffekt zu schließen.<sup>19</sup> Denn bei bayerischen Landtagswahlen werden die Kandidaten nicht zufällig über die verschiedenen Listenplätze rotiert. Vielmehr werden jedem Wähler die Bewerber in derselben, nämlich von den Parteien beschlossenen Reihenfolge vorgelegt, so dass jeder Listenplatz mit einem bestimmten Kandidaten und dessen Eigenschaften verknüpft ist. In der Folge könnte für ein besseres Abschneiden von Kandidaten auf vorderen Positionen nicht der Listenplatz, sondern die Eigenschaften der Bewerber verantwortlich sein. Es besteht daher der Verdacht, dass ein solcher bivariater Vergleich die positive Wirkung vorderer Listenplätze auf die Stimmenverteilung überschätzen könnte, da die Kandidatenlisten bewußt so aufgestellt sein könnten, dass politisch oder persönlich besonders attraktive Bewerber vordere Plätze einnehmen.

Um den Scheinkorrelationsverdacht auszuräumen, muss man den Positionseffekt ermitteln, während man die Wirkung aller Kandidatenmerkmale neben der Listenposition kontrolliert, die den Wählern im Moment der Stimmabgabe bewusst sind und zugleich mit der Listenposition und dem Stimmenanteil positiv zusammenhängen könnten. Wenn beispielsweise Wähler grundsätzlich prominente Kandidaten bevorzugen und diese Bewerber zugleich auf der vorgegebenen Liste weit vorne rangieren, könnten die Stimmenanteile der prominenten Bewerber den reinen Reihenfolgeeffekt inflationieren, weshalb dieses Kandidatenmerkmal statistisch kontrolliert werden muß. Gelingt diese statistische Kontrolle vollständig, kann man den reinen Positionseffekt bestimmen.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> Die Listenplätze wurden dabei so standardisiert, dass der Listenführer einen standardisierten Listenplatz von 0 hat, der letzte Kandidat auf der Liste von 1. Unberücksichtigt bleibt dabei die Tatsache, dass immer ein Kandidat der Wahlkreisliste im jeweiligen Stimmkreis als Direktkandidaten auftritt.

<sup>18</sup> Auch hier gibt es den Fall, dass der eigentlich auf Platz zwei geführte Kandidaten zum Listenführer wird; nämlich in jenen Stimmkreisen, in denen der eigentliche Listenführer Stimmkreiskandidat ist. Aufgrund der besonderen Bedeutung des ersten Platzes haben wir diesen Umstand in unseren Analysen berücksichtigt.

<sup>19</sup> Dieses einfache und schlüssige Verfahren lässt sich anwenden, wenn alle Kandidaten mit identischer Häufigkeit auf die verschiedenen Rangpositionen gesetzt werden; diese Rotationsmethode wird in Experimenten, aber auch in realen Wahlen etwa in den USA angewandt. Siehe Robert Darcy, Position Effects With Party Column Ballots, in: *Western Political Quarterly* 39, 1986, 648-662, Robert Darcy/Malcolm Mackerras, Rotation of Ballots so as to Minimize the Number of Rotations while Ensuring Each Candidate is First on an Equal Number of Ballots, in: *Electoral Studies*, 12. Jg., 1993, S. 77ff., Miller/Krosnick, a.a.O., Koppell/Steen, a.a.O.

<sup>20</sup> Wollte man nicht den reinen Reihenfolgeeffekt ermitteln, sondern die Stimmenverteilung auf die Kandidaten möglichst vollständig erklären, müsste man sämtliche Variablen einbeziehen, die mit der abhängigen Variable zusammenhängen, und zwar auch solche, die nicht mit der Listenposition korreliert sind.

Solche Kandidatenmerkmale können Wählern bei der Stimmabgabe bewusst sein, weil sie dem Stimmzettel zu entnehmen sind. Bei bayerischen Landtagswahlen lassen sich für jeden Kandidaten auf dem Wahlkreis-Stimmzettel Geschlecht, akademische Titel, Beruf und Wohnort erkennen.<sup>21</sup> Das Geschlecht könnte die Bedingungen als Kontrollvariable erfüllen, da Frauen auf Parteilisten häufig schlechter platziert sind als Männer und unter sonst gleichen Bedingungen in Wahlen tendenziell schlechter abschneiden als Männer.<sup>22</sup> Daher wird eine Dummy-Variable für das Geschlecht der Bewerber eingeführt, die für Frauen den Wert 1 annimmt. Ebenso könnten akademische Titel die Wahlchancen und die Aussichten auf einen vorderen Listenplatz begünstigen.<sup>23</sup> Um den potenziellen Verzerrungseffekt zu kontrollieren, werden zwei Dummy-Variablen eingesetzt, die für Inhaber eines Doktor- bzw. eines Professorentitels den Wert 1 annehmen.

Die Verteilung der Berufsgruppen auf die Listenplätze könnte ebenfalls einen scheinbaren Reihenfolgeeffekt hervorbringen. Denn auf vorderen Listenplätzen kandidieren häufig professionelle Politiker, die bereits vor der Wahl ein öffentliches Amt bekleiden oder eine prominente Position in Partei oder Fraktion innehaben. Zugleich könnten diese Personen besonders günstige Wahlchancen besitzen. Beispielsweise könnte ihre Bekanntheit als solche die Wahlchancen steigern oder dafür sorgen, dass sie wegen ihrer policy-Positionen oder persönlicher Merkmale gewählt werden, was bei weniger bekannten Kandidaten unwahrscheinlich ist. Insbesondere bereits amtierende Abgeordnete könnten zusätzlich davon profitieren, dass sie sich in der Vergangenheit politisch für einzelne Bürger oder ihren Wahlkreis eingesetzt haben.<sup>24</sup> Wähler könnten auch aus der bloßen Tatsache, dass die Kandidaten bereits eine hervorgehobene Position innehaben, auf eine gewisse Kompetenz schließen und daher für sie votieren; in diesem Fall läge ein reiner ‚incumbency‘-Effekt vor. Um diese potenziellen Verzerrungseffekte auszuschalten, werden zwei Kontrollvariablen, eine für den Ministerpräsidenten und die Minister (=1)<sup>25</sup> und eine für alle bereits amtierenden Landtagsabgeordneten (=1). Schließlich könnte der Wohnort eines Kandidaten dessen Wahlkreisstimmenergebnis beeinflussen. Da einige Indizien darauf hindeuten, dass regionale Nähe von Wählern als Vorzug

---

<sup>21</sup> Vgl. § 36 Abs. 3 Landeswahlordnung.

<sup>22</sup> Siehe etwa Jonathan Kelley/Ian McAllister, *Ballot Paper Cues and the Vote in Australia and Britain: Alphabetic Voting, Sex, and Title*, in: *Public Opinion Quarterly* 48, S. 455; siehe aber auch Thomas D. Lancaster, *Candidate Characteristics and Electoral Performance: A Long-Term Analysis of the German Bundestag*, in: Christopher J. Anderson/Carsten Zelle (Hrsg.), *Stability and Change in German Elections*, New York 1998, S. 285ff.

<sup>23</sup> Vgl. Kelley/McAllister, a.a.O.

<sup>24</sup> Siehe etwa Thomas D. Lancaster/W. David Patterson, *Comparative Pork Barrel Politics. Perceptions from the West German Bundestag*, in: *Comparative Political Studies*, 22. Jg., 1990, S. 458ff.

<sup>25</sup> Um Multikollinearitätsprobleme zu vermeiden, wird für den Ministerpräsidenten keine eigene Dummy-Variable gebildet.



interpretiert wird,<sup>26</sup> sollten die Listenkandidaten, die im jeweiligen Stimmkreis wohnen, besser abschneiden als ihre Konkurrenten. Allerdings dürfte im vorliegenden Fall die räumliche Nähe zum Stimmkreis nicht systematisch mit der Bewerberreihenfolge auf den Parteilisten zusammenhängen, da die Parteilisten auf der *Wahlkreisebene* (=Ebene der sieben bayerischen Bezirke) und damit für alle Stimmkreise in einem Wahlkreis identisch festgelegt werden.<sup>27</sup> Daher sollten Informationen über den Wohnort nicht dazu beitragen, den bivariat gemessenen Reihenfolgeeffekt zu inflationieren, weshalb sie nicht als Kontrollvariable bei der Analyse der Stimmenverteilung im Stimmkreis berücksichtigt werden müssen.<sup>28</sup>

Kandidatenmerkmale können den Wählern auch ohne eine optische Unterstützung eines Stimmzettelaufdrucks präsent sein, als Entscheidungshilfe dienen und damit womöglich für eine Inflationierung des bivariat gemessenen Reihenfolgeeffekts sorgen; beispielsweise könnte man an politisch-inhaltliche Standpunkte denken. Die Kandidatenreihenfolge könnte durchaus systematisch mit solchen Merkmalen zusammenhängen, da Parteien auf der Wahlkreisebene populäre Kandidaten an die Spitze der Liste platzieren dürften, um möglichst viele Stimmen für die Parteiliste zu gewinnen. Damit ein Merkmal, das nicht dem Stimmzettel entnommen werden kann, das Wahlverhalten beeinflussen kann, müssen Bürger die Kandidaten aber zumindest kennen und ihnen bestimmte Merkmale zuordnen können. Diese Bedingung dürfte jedoch in erster Linie bei prominenten Politikern, also etwa Regierungsmitgliedern erfüllt sein, kaum jedoch bei ‚einfachen‘ Bewerbern, es sei denn, sie stammen aus der unmittelbaren geographischen Umgebung des Wählers. Soweit diese Überlegung zutrifft, ist eine eigenständige Kontrolle dieser nicht auf dem Stimmzettel ablesbaren Merkmale entbehrlich, da sie bereits in den optisch hervorgehobenen Prominenzfaktoren enthalten sind bzw. die Unkorreliertheit der räumlichen Nähe mit der Kandidatenreihenfolge gezeigt wurde. Allerdings scheint es nicht plausibel anzunehmen, dass alle auf dem Stimmzettel nicht erkennbaren Kandidatenmerkmale, deren Attraktivität mit der Bewerberreihenfolge auf den Wahlkreislisten zusammenhängt, bereits mit den angeführten Kontrollvariablen implizit erfasst sind. Um die aus solchen Merkmalen resultierenden Inflationseffekte zu kontrollieren, werden zwei weitere

---

<sup>26</sup> Siehe etwa Michael S. Lewis-Beck/Rice, Tom W., *Localism in Presidential Elections: The Home State Advantage*, in: *American Journal of Political Science* 27, 548-556, Tom W. Rice/Alisa A. Macht, *Friends and Neighbors Voting in Statewide General Elections*, in: *American Journal of Political Science* 31, 448-452.

<sup>27</sup> Zudem gilt, dass Stimmkreiskandidaten gerade nicht auf der Wahlkreisliste in ihrem Stimmkreis erscheinen.

<sup>28</sup> Wir leugnen also keineswegs, dass lokale Prominenz das Ergebnis einzelner Kandidaten in einzelnen Stimmkreisen beeinflusst. Da aber die Listen auf Wahlkreisebene festgelegt sind, liegt diese Prominenz nur in einzelnen Stimmkreisen vor, die dann als Ausreißer auftreten, die zudem nicht systematisch mit der Reihenfolge innerhalb der Liste zusammenhängen.

Dummy-Variablen eingeführt: eine für Fraktionsvorsitzende (=1)<sup>29</sup> und eine für Parteivorsitzende (=1). Da neben diesen beiden Merkmalen andere Störfaktoren auftreten könnten, die sich nicht mit objektiven Kandidatenmerkmalen erfassen lassen, gehen wir – obgleich diese Verzerrungen eher marginal sein dürften – davon aus, dass trotz der von uns vorgenommenen statistischen Kontrolle der Positionseffekt überschätzt wird, interpretieren also unsere Ergebnisse konservativ.

Eine weitere Möglichkeit, den Positionseffekt auszuloten, eröffnet der Umstand, dass die jeweiligen Stimmkreiskandidaten, obwohl eigentlich zur Wahlkreisliste zählend, in ihren Stimmkreisen nicht auf der Wahlkreisliste erscheinen. Denn diese Konstellation erlaubt es, den Stimmenanteil für ein und dieselbe Person auf unterschiedlichen Listenplätzen zu vergleichen. Sieht man einmal davon ab, dass in einzelnen Stimmkreisen die politischen Präferenzen unterschiedlich verteilt sein könnten, sind bei einem solchen Vergleich alle relevanten Drittvariablen kontrolliert, so dass der reine Reihenfolgeeffekt ermittelt werden kann. Von besonderem Interesse sind dabei jene Stimmkreise, in denen der Listenführer direkt kandidiert. In diesen Stimmkreisen ändert sich also der Listenführer – der eigentlich Zweitplatzierte führt die Liste an. Der Vergleich der Ergebnisse dieses Zweitplatzierten unter normalen Umständen (d.h. als Zweitplatziertes) mit dem Sonderfall (in jenem Stimmkreis, in dem er die Liste anführt) erlaubt uns also, in einem quasi-experimentellen Design „the importance of being first“ zu schätzen.

#### 4. Empirische Analyse

Die bayerischen Wähler machen von der Möglichkeit, mit ihrer Wahlkreisstimme die Reihenfolge der Kandidaten auf den Wahlkreislisten zu ändern, durchaus Gebrauch. Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, stimmen die von den Parteien beschlossenen Reihenfolgen der Kandidaten auf den Wahlkreislisten in den allerwenigsten Fällen vollkommen mit jenen überein, die sich aufgrund der Zweitstimmzahl ergeben. Die Wähler nutzen also ihre Einflußmöglichkeiten, und zwar tendenziell stärker als noch in den sechziger und siebziger Jahren.<sup>30</sup> Allerdings sprechen die häufig positiven und beträchtlichen Zusammenhänge zwischen der Bewerberreihenfolge vor und nach Vergabe der Wahlkreisstimme dafür, daß die Wähler die Kandidatenlisten nicht vollkommen auf den Kopf stellen, sondern eher moderat ändern. Dieses Ergebnis,

---

<sup>29</sup> Bei der bayerischen Landtagswahl 2003 waren die Fraktionsvorsitzenden Franz Maget (SPD), Christine Stahl und Sepp Dürr (B'90/Grüne) auf dem Stimmzettel nicht als solche kenntlich gemacht, während Alois Glück (CSU) dort explizit als Fraktionsvorsitzender bezeichnet wurde.

<sup>30</sup> Vgl. hierzu Hübner, a.a.O., S. 284.

die Ähnlichkeit der Kandidatenliste vor und nach der Stimmabgabe, ist durchaus vereinbar mit einem Reihenfolgeeffekt und einem Listenführerbonus. Daher scheint es um so reizvoller, diese nun genauer zu analysieren.

Tabelle 1: Veränderungen der Kandidatenlisten in den Wahlkreisen bei der bayerischen Landtagswahl 2003 (Angaben: Spearmans Rho)

	Wahlkreis						
	Ober- bayern	Nieder- bayern	Oberpfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwaben
Aufbruch	.13	--	--	--	--	--	.80
BB	.15	--	--	--	--	--	--
BP	.33	.23	-.17	.40	.17	--	.19
BüSo	.51	-1.00	1.00	--	1.00	--	.30
CSU	.48	.83	.60	.22	.68	.89	.82
FDP	.53	.39	.05	-.05	.85	.25	.00
FW	.29	-.06	.28	.13	.27	.41	.38
Freie Franken	--	--	--	.28	--	--	--
Grüne	.70	.76	.56	.60	.58	.35	.50
ÖDP	.32	.05	.25	.46	.75	.69	.24
PBC	.38	--	.09	.25	.28	.12	.55
REP	.60	.28	.38	.58	.56	.38	.61
SPD	.76	.09	.43	.60	.57	.75	.52

Parteien: Aufbruch: Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit, BüSo: Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Freie Franken: Landeswählergruppe der Franken, PBC: Partei bibeltreuer Christen.

Angegeben ist Spearmans Rho für den Zusammenhang zwischen der Kandidatenreihenfolge auf der ursprünglichen Wahlkreisliste und der Kandidatenreihenfolge, die sich nach der Zahl der Wahlkreisstimmen ergibt. Ein Wert von +1 bedeutet, daß die Reihenfolge vollkommen unverändert blieb, ein Wert von -1, daß sie genau umgekehrt wurde, ein Wert von 0 besagt schließlich, daß zwischen beiden Reihenfolgen keinerlei Zusammenhang besteht. --: In diesem Wahlkreis kandidierte die Partei 2003 nicht.

Dazu untersuchen wir zunächst die Zweitstimmenanteile der Wahlkreisbewerber in jedem Stimmkreis in Abhängigkeit von der Listenposition. Dazu regredieren wir den Stimmenanteil auf unsere standardisierte Listenplatzvariable sowie die Dummy-Variable für die Listenführer. Dabei werden die Daten mit den absoluten Zweitstimmenzahlen der einzelnen Parteien pro Stimmkreis gewichtet, so dass ein Ergebnis stärker ins Gewicht fällt, wenn auf die Bewerber einer Partei 10000 Stimmen entfallen, als wenn sie nur 10 Stimmen auf sich vereinen können.

Dieses Modell erzielt insgesamt eine außerordentlich gute Erklärungsleistung. Zwar zeigt Abbildung 1, dass die Modelle und angepassten Kurven den Daten nicht perfekt entsprechen, da manche der abgetragenen Punkte (d.h. Stimmergebnisse in einzelnen Stimmkreisen) sehr weit vom vorhergesagten Wert entfernt liegen. Alles in allem ist die Güte des Modells aber sehr gut, da über alle Parteien hinweg knapp 60 Prozent der Varianz der Stimmenanteile erklärt werden können (siehe den oberen Teil von Tabelle 1).

Die beiden unabhängigen Variablen entfalten in diesen Modellen die erwarteten Wirkungen. Erstens erhalten die Listenführer einen Bonus: im Mittel entfallen rund 48 Prozent der für eine Partei abgegebenen Zweitstimmen auf sie, ihr "Bonus" als Listenführer liefert dazu einen Beitrag von rund 44 Prozentpunkten, erkennbar an der Größe des "Sprungs" in der grauen Regressionsgeraden. Zweitens lässt sich aber auch für die folgenden Listenpositionen ein Zusammenhang zwischen Listenposition und Stimmergebnis nachweisen. Er ist wie erwartet negativ, d.h. je weiter hinten auf der Liste ein Kandidat platziert ist, desto schlechter schneidet er ab. Allerdings ist der Zusammenhang nur vergleichsweise schwach ausgeprägt, da der dadurch bedingte Unterschied zwischen dem ersten und dem letzten Kandidaten einer Liste rund 3,6 Prozentpunkte beträgt. Mit anderen Worten, der Listenführer erhält einen immensen Zuschlag, während sich die übrigen Kandidaten mit Brosamen begnügen müssen, was in Abbildung 1 die schwarze Linie, die gleitende Durchschnitte zeigt, veranschaulicht.<sup>31</sup> Allerdings nimmt der Stimmenanteil mit steigendem Listenplatz nicht kontinuierlich ab; vielmehr genießen die Listenletzten – wie die Abbildung 1 zeigt – wiederum einen marginalen Bonus; auch diese optisch exponierte Position scheint also die Wahlchancen leicht zu steigern, und zwar im Sinne eines recency-Effekts.

Grundsätzlich finden sich diese Muster in den Zweitstimmenergebnissen der Kandidaten aller Parteien. Die Erklärungskraft des Modells schwankt zwischen 17,7 Prozent für die Freien Wähler und 88,5 Prozent für "Aufbruch"; bei der Wahlentscheidung für die Freien Wähler wurden die Stimmen also am wenigsten im Einklang mit der Kandidatenreihenfolge abgegeben, während beim „Aufbruch“ die Kandidatenreihenfolge einen sehr großen Teil der Stimmenverteilung erklärt. Der Bonus der Listenführer schwankt bei den einzelnen Parteien zwischen 18,6 (wiederum für die Freien Wähler) und 55,7 Prozentpunkten (für "Aufbruch"). Bei den meisten Parteien ist auf den weiteren Listenplätzen auf dem bereits berichteten niedrigen Niveau erwartungsgemäss ebenfalls ein negativer Effekt der Reihenfolge zu erkennen. Vergleichsweise stark ausgeprägt ist er bei den Bündnisgrünen, der CSU, der SPD und den Republikanern, bei denen der Schritt vom ersten zum letzten Listenplatz knapp vier Prozent-

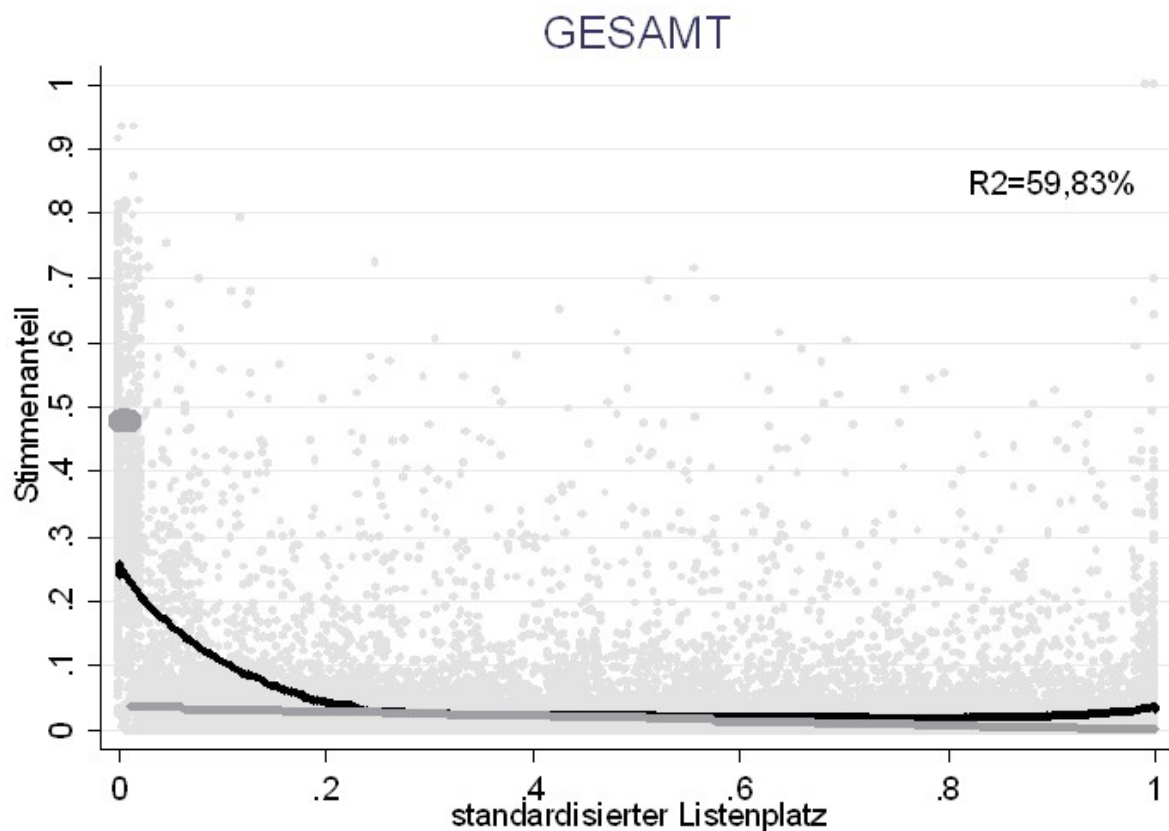
---

<sup>31</sup> Weitere Unterstützung findet dies angesichts der Tatsache, dass ein Modell, in das ausschließlich die Dummy-Variablen für Listenführer eingehen, alleine schon 51,1 Prozent der Varianz erklären kann.

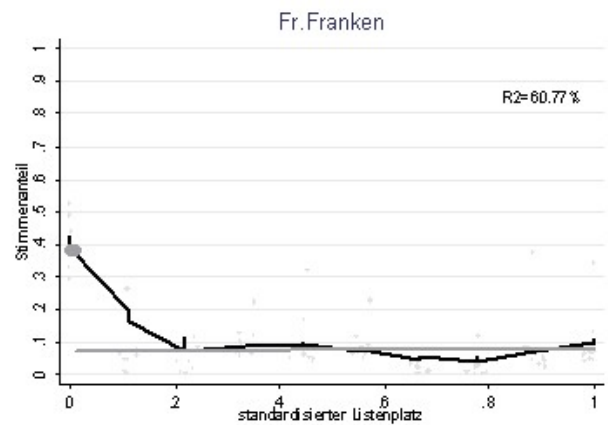
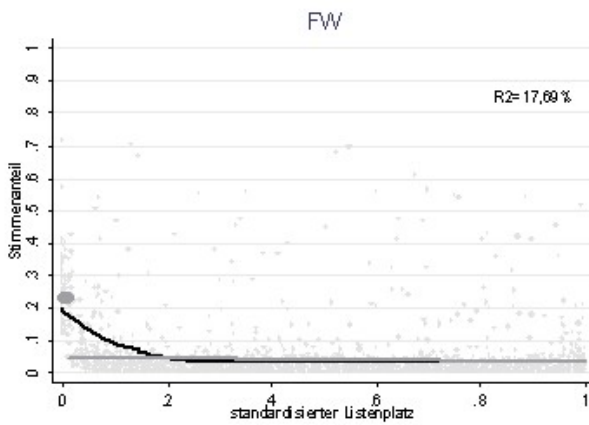
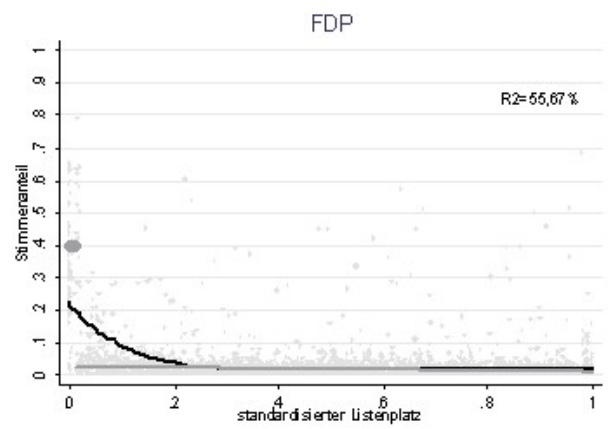
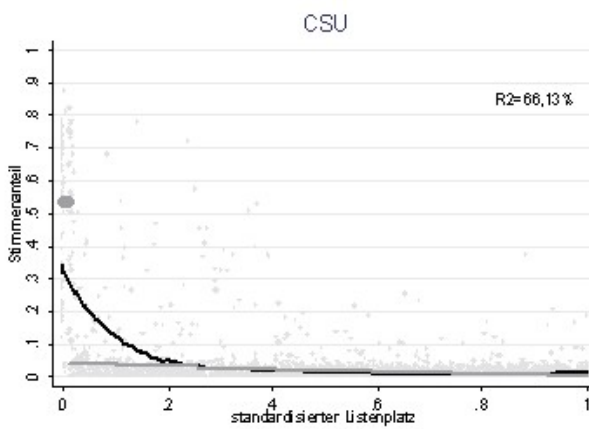
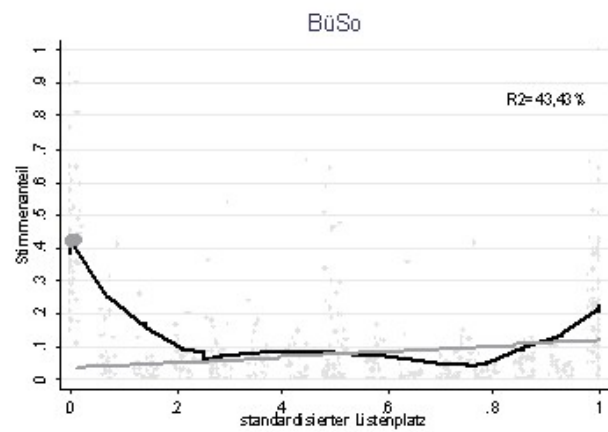
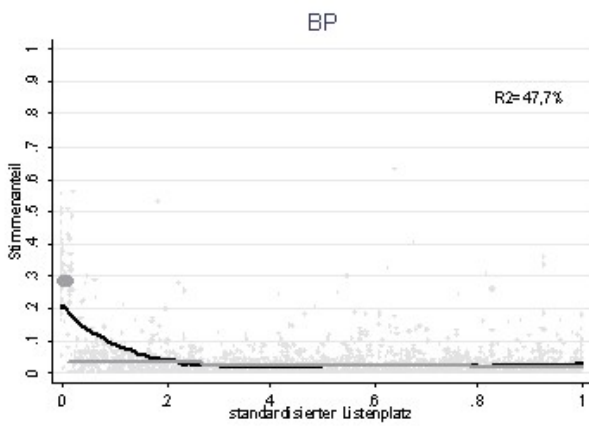
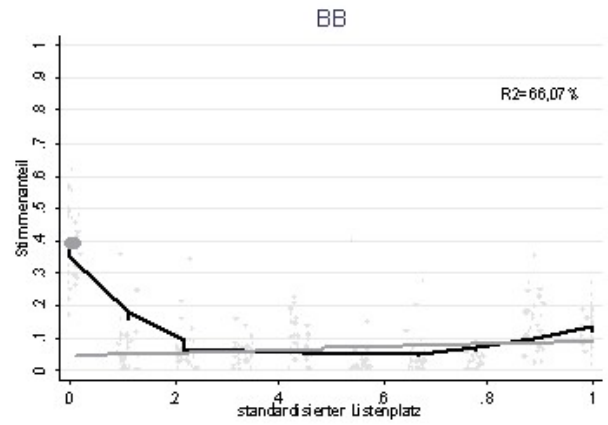
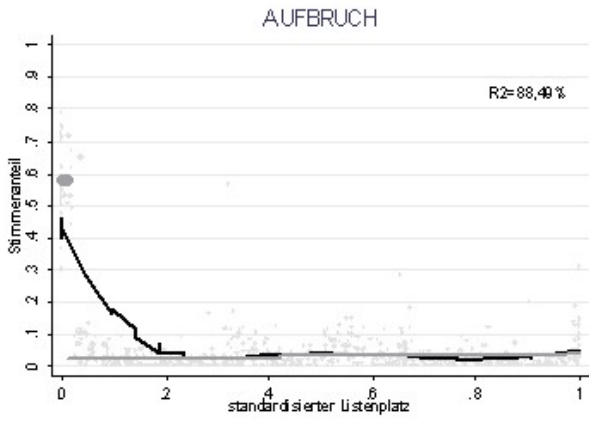
punkte kostet, und zwar auch dann, wenn man bereits für den Spitzenplatz auf der Liste kontrolliert hat. Allerdings gilt diese Regelmäßigkeit nicht für den „Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit“, die Freien Franken, den Bürger-Block und die Bürgerrechtsbewegung Solidarität: Hier *steigt* der Stimmenanteil, je weiter hinten ein Kandidat auf der Liste steht, für die ersten beiden Parteien nur minimal, für die beiden anderen dagegen deutlicher um 4,5 bzw. 8,5 Prozentpunkte. Bei diesen Parteien scheinen also die Kandidaten auf den hinteren Listenpositionen von der optischen Prominenz ihres Platzes zu profitieren.<sup>32</sup>

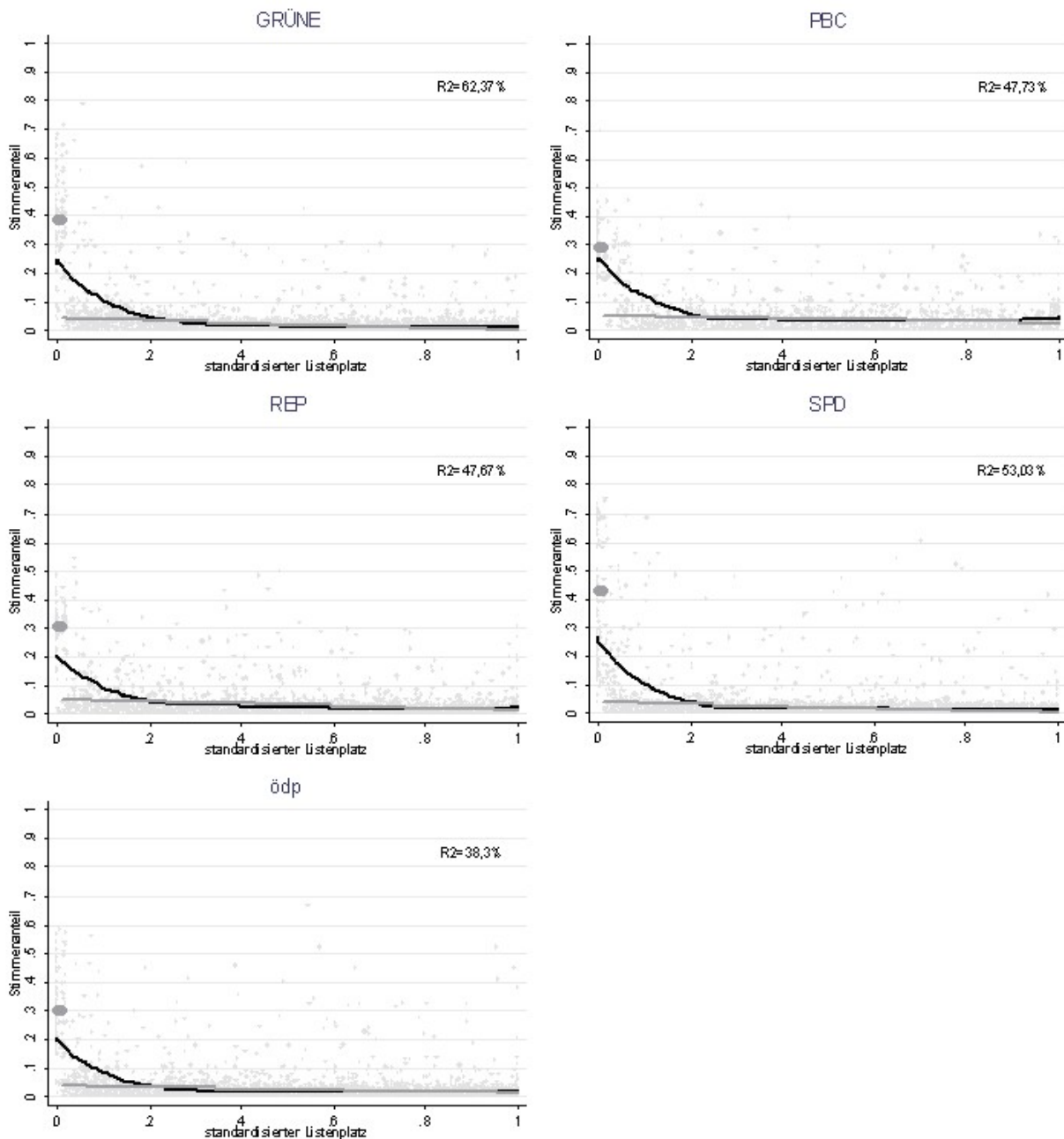
Insgesamt, so läßt sich in einem Zwischenfazit festhalten, spricht die bivariate Betrachtung der Daten zur bayerischen Landtagswahl 2003 für die Existenz von Reihenfolgeeffekten und insbesondere von Boni für Listenführer. Im nächsten Schritt gilt es nun zu prüfen, inwieweit diese Effekte bestehen bleiben, wenn wir andere mögliche Einflussfaktoren kontrollieren.

Abbildung 1: Wahlkreisstimmanteil in Abhängigkeit vom Listenplatz der Bewerber bei der bayerischen Landtagswahl 2003



<sup>32</sup> Einschränkung ist natürlich zu sagen, dass dies nur gilt, wenn man den besonderen Bonus des Listenführers in das Modell aufnimmt. Ohne diese Kontrolle ergeben sich für alle Parteien *negative* Reihenfolgeeffekte.





Die Ergebnisse der multivariaten Analysen, die im unteren Teil von Tabelle 2 zusammengestellt sind, zeigen, dass die theoretisch plausiblen Kontrollvariablen die Erklärungskraft der Modelle im Durchschnitt nur leicht um gut drei Prozentpunkte steigern. Deutliche Zuwächse um etwas mehr oder weniger als zehn Prozentpunkte sind lediglich bei der FDP und der SPD festzustellen. Nur bei diesen Parteien erklären Geschlecht, akademische Titel und politische Ämter also einen beträchtlichen Teil der Stimmenverteilung, der nicht bereits von der Listenposition erfasst ist. Das bedeutet gleichwohl nicht, dass alle diese Variablen für die Stimmenergebnisse vollkommen irrelevant wären.

Über alle Parteien hinweg betrachtet, entfaltet das Geschlecht der Kandidaten keinen eigenständigen Einfluss auf deren Wahlerfolg. Lediglich bei einzelnen Kleinstparteien wie dem „Aufbruch“ und dem Bürgerblock sind Effekte zu erkennen, die darin bestehen, dass Frauen überproportional gut abschneiden. Allerdings sind diese Befunde insofern bemerkenswert, als sie der verbreiteten Vorstellung, Frauen hätten bei einer Persönlichkeitswahl mit einem Stimmenmalus zu rechnen, widersprechen.<sup>33</sup>

Akademische Titel wirken sich leicht auf den Stimmenerfolg aus. Über alle Parteien hinweg betrachtet, bringt ein Dokortitel einen Stimmenzugewinn von 1,7 Prozentpunkten. Vergleichsweise stark ist dieser Effekt beim „Aufbruch“ und der Partei der bibeltreuen Christen ausgeprägt. Ein Professoren-Titel trägt seinem Inhaber im Durchschnitt keinen Bonus, sondern einen Malus von 2,2 Prozentpunkten im Wettbewerb um die Wählergunst ein. Bei den einzelnen Parteien stellen sich die Effekte jedoch durchaus unterschiedlich dar. Denn während bei CSU und SPD eine negative Wirkung festzustellen ist, profitieren Professoren bei FDP und ÖDP mit Boni von sieben bzw. 16 Prozentpunkten merklich von ihrem Titel.

Politische Ämter beeinflussen das Stimmenergebnis ebenfalls. Der Landesvorsitz einer Partei verschaffte seinem Inhaber bei der Landtagswahl 2003 im Durchschnitt einen Stimmenbonus von knapp 19 Prozentpunkten. Ein genauere Blick auf die einzelnen Parteien zeigt jedoch, dass bei fünf Parteien, dem „Aufbruch“, der Bayernpartei, der Bündnisgrünen und der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ und den Republikanern, der Landesvorsitz Stimmeneinbußen mit sich bringt. Nur beim Bürger-Block, der ÖDP, der PBC, den Freien Franken und deutlich stärker bei SPD, CSU und FDP lässt sich ein positiver Effekt nachweisen. Die besonders starken Effekte von 19 bis 34 Prozentpunkten in den drei zuletzt genannten Fällen dürften vor allem darin ihre Ursache haben, dass diese Landesvorsitzenden im Wahlkampf an sehr prominenter Stelle, etwa als Spitzenkandidaten, auftraten; um so erstaunlicher erscheint der deutlich negative Effekt bei den Bündnisgrünen, gehörte Margarete Bause doch zum grünen Spitzenquartett.

Auch Fraktionsvorsitzende profitieren beim Wettbewerb um die Wählergunst – insgesamt betrachtet – von ihrem Amt. Allerdings verbergen sich hinter diesem Gesamtbefund unterschiedliche Muster für die einzelnen Parteien. Denn während auf Seiten der CSU Alois Glück von seinem Amt nicht profitierte, konnten die beiden Fraktionsvorsitzenden der Grünen, vor allem aber jener der SPD deutliche Stimmenboni verbuchen. Dieses Muster deutet darauf hin,

---

<sup>33</sup> Siehe etwa Wilma Rule, Electoral Systems, Contextual Factors and Women's Opportunity for Election to Parliament in 23 Democracies, in: *Western Political Quarterly* 40. Jg. (1987), S. 477 ff., Richard E. Matland/Michelle Taylor, Electoral System Effects on Women's Representation, in: *Comparative Political Studies*, 30. Jg. (1997), S. 186 ff.; siehe aber auch Robert G. Moser, The Effects of Electoral Systems on Women's Representation in Post-communist States, in: *Electoral Studies* 20. Jg. (2001), S. 353 ff.



dass der Fraktionsvorsitz per se keinen Stimmenbonus einbringt. Eher scheint die Prominenz der Fraktionsvorsitzenden im Wahlkampf wesentlich darüber zu entscheiden, ob das Amt einen Stimmenbonus mit sich bringt. Denn während Glück in der CSU-Kampagne eine eher nachrangige Rolle spielte, gehörten die beiden grünen Fraktionsvorsitzenden Christine Stahl und Sepp Dürr dem grünen Spitzen-Kleeblatt an, und Franz Maget warb sogar als SPD-Spitzenkandidat – wenn auch mit wenig Erfolg – für seine Partei.

Von einer Mitgliedschaft im Landtag können sich Kandidaten in der Gesamtbetrachtung erstaunlicherweise keinen deutlichen Stimmenbonus versprechen, sondern müssen mit einem minimalen Malus von 0,3 Prozentpunkten rechnen. Dieses Ergebnis beruht vor allem auf dem Befund zur CSU, bei der wieder kandidierende Mitglieder des Landtages mit einem Abschlag von 0,4 Punkten rechnen müssen. Dagegen beschert die Mitgliedschaft im Landtag unter den SPD-Kandidaten einen minimalen Bonus von einem halben Prozentpunkt und unter den Bündnisgrünen von immerhin 2,9 Prozentpunkten. Wenn überhaupt, lassen sich also nur schwache incumbency-Effekte zugunsten der Landtagsabgeordneten nachweisen; mit anderen Worten, die Wähler honorieren den Abgeordnetenstatus nicht in jedem Fall.<sup>34</sup>

Die Zugehörigkeit zum Landeskabinett (ohne die Staatssekretäre) schließlich steigert die Wahlchancen eines Kandidaten leicht. Denn in der Gesamtbetrachtung erhalten der Ministerpräsident und die Staatsminister *ceteris paribus* rund vier Prozentpunkte mehr als andere Bewerber; dieser Bonus ermäßigt sich auf 2,3 Punkte, wenn man nur die CSU isoliert betrachtet. Dieser Prominenzfaktor entfaltet also durchaus die erwartete Wirkung, doch bewegt sich der Effekt auf einem sehr moderaten Niveau.

Insgesamt beeinflussen die betrachteten Kandidatenmerkmale den Stimmenerfolg bei der bayerischen Landtagswahl 2003 durchaus. Insbesondere der Vorsitz in einer Partei oder einer Landtagsfraktion sowie die Zugehörigkeit zum Landeskabinett steigern die Wahlchancen deutlich; etablierte Politiker besitzen also merklich bessere Wahlchancen als andere Bewerber. Im Vergleich zu diesen Effekten verblasst die Wirkung der übrigen Kandidatenmerkmale deutlich. Da die beiden zuerst genannten Merkmale im Gegensatz zu den zuletzt angeführten nicht auf dem Stimmzettel erkennbar sind, deuten die Befunde darauf hin, dass die optische Unterstützung eines Kandidatenmerkmals diesem nicht unbedingt zu einer starken Wirkung auf das Stimmenergebnis verhilft. Eher scheint es darauf anzukommen, ob die Inhaber bestimmter Positionen oder Träger bestimmter Merkmale in der Wahlkampfkommunikation eine herausragende Rolle spielen und daher den Bürgern nahegebracht werden.

---

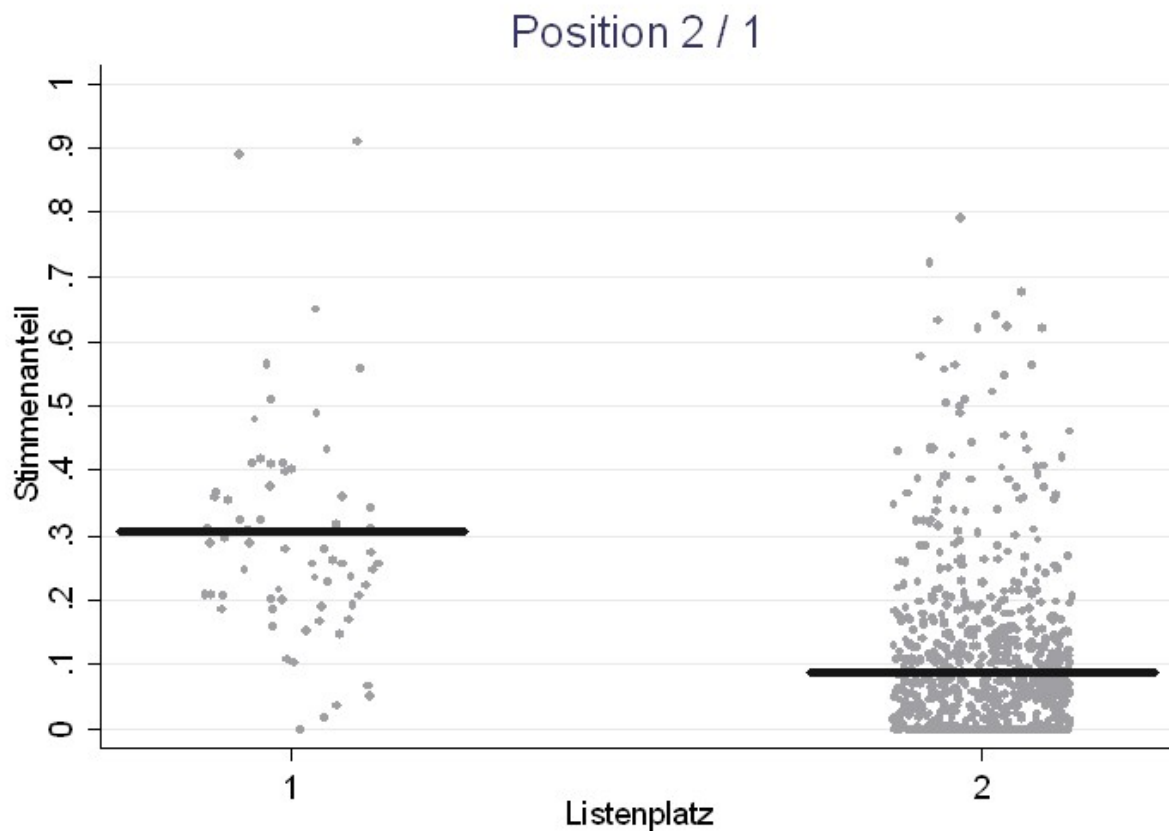
<sup>34</sup> Die Abweichungen der CSU-Ergebnisse von den Befunden für die anderen beiden Landtagsparteien bleiben erhalten, wenn man bei den CSU-Analysen die Zugehörigkeit zum Landeskabinett nicht kontrolliert und damit die Analysen für die drei Parteien vollständig analog durchführt.

Für die vorliegende Problemstellung entscheidend ist folgender Befund: Die sieben Kontrollvariablen den eigenständigen Einfluss der beiden Reihenfolge-Variablen zwar etwas abschwächen, aber nicht beseitigen. Der erste Platz auf einer Wahlkreisliste bringt unter Kontrolle der anderen Merkmale einen Stimmenbonus von 37,5 Prozentpunkten ein, und dieser positive Effekt ist wesentlich stärker als die Wirkung jeder Kontrollvariable; und selbst wenn ein Partei- und Fraktionsvorsitzender der Staatsregierung angehörte, wäre der Stimmenbonus dieser Kombination noch kleiner als die von der ersten Listenposition ausgehende Wirkung. Am schwächsten fällt der Effekt bei den Freien Wählern mit 18,6 Prozentpunkten aus, am stärksten beim „Aufbruch“ mit 57,3 Prozentpunkten. Unter den Landtagsparteien verzeichnet die SPD mit 25,8 Prozentpunkten einen merklich kleineren Listenführerbonus als Grüne und CSU mit 36,1 bzw. 41,5 Prozentpunkten. Der Effekt der metrischen Rangfolge-Variable lässt beim Übergang von der bi- zur multivariaten Analyse von 3,6 auf 2,3 Prozentpunkte nach, verschwindet aber nicht. Die bereits in der bivariaten Analyse festgestellten Unterschiede zwischen den Parteien bleiben dabei weitgehend erhalten; insbesondere kann man bei einigen Parteien noch immer einen leicht positiven Effekt höherer Listenplätze ausmachen.

- Tabelle 2 hier oder weiter oben –

Insgesamt spricht die multivariate Analyse für einen deutlichen eigenständigen Effekt der Listenposition auf den Stimmenerfolg der Kandidaten bei der bayerischen Landtagswahl 2003. Dies gilt, auch wenn man in Rechnung stellt, dass die hier verwendeten Kontrollvariablen die Faktoren, die einen scheinbaren Positionseffekt hervorbringen könnten, nicht vollständig erfassen dürften. Denn die empirisch gemessenen Reihenfolge-Effekt sind so stark, dass die infolge einer Kontrolle zusätzlicher Variablen zu erwartenden kleineren Korrekturen den Kernbefund intakt ließen: Die Kandidatenreihenfolge spielt eine Rolle, und vor allem Listenführer genießen einen erheblichen Bonus in der Wählergunst.

Abbildung 2: Wahlkreisstimmenanteil der Bewerber auf Listenplatz 2 in ‚normalen‘ Stimmkreisen und in Stimmkreisen, in denen der Listenführer als Stimmkreisbewerber antritt, bei der bayerischen Landtagswahl 2003



Dies bestätigt auch das letzte Glied in der Reihe unserer empirischen Analyse, in dessen Rahmen wir uns die quasi-experimentelle Situation in bestimmten Stimmkreisen zunutze machen: Kandidaten, die auf Platz 2 ihrer Wahlkreisliste stehen, erhalten im Mittel rund 9 Prozent der Stimmen pro Stimmkreis, die auf ihre Wahlkreisliste entfallen. Allerdings gibt es – wie oben beschrieben – pro Wahlkreis und Partei in der Regel einen Stimmkreis, in dem diese Kandidaten die Liste anführen. In jenem Wahlkreis kandidiert nämlich der eigentliche Listenführer als Direktkandidat und taucht damit nicht auf der Liste auf. In diesen Wahlkreisen erhalten die eigentlich Zweitplatzierten über 30 Prozent der Stimmen (siehe Abbildung 2). Dieser Listenführerbonus von rund 21 Prozentpunkten zeigt, dass die Reihenfolge auf dem Stimmzettel tatsächlich eine bedeutsame Rolle spielt, denn hier sind – dank dem quasi-experimentellen Design – praktisch alle Drittvariablen konstant, so dass der reine Bonus des Listenführers erkennbar wird. Es gilt: "Die Ersten werden die Ersten sein".

## 5. Schluss

Zu Beginn unserer Analyse hatten wir uns zur Aufgabe gestellt, Reihenfolgeeffekte bei der bayerischen Landtagswahl zu analysieren, wobei wir aus theoretischen Gründen erhöhte Stimmenanteile für Kandidaten auf vorderen Plätzen – und ganz besonders für den Listenführer – erwarteten. Als Fazit können wir nun am Ende der Analyse sagen, dass Listenführer in der Tat einen erheblichen Bonus erhalten, der alleine auf ihre Position als Listenführer zurückzuführen ist. Des Weiteren profitieren Kandidaten auf vorderen Plätzen von ihrer Listenposition. Die Wähler bestätigen also die Reihenfolge der Parteilisten, was ihrem Stimmverhalten einen konservativen Zug verleiht und aus normativ-demokratiethoretischer Sicht durchaus problematisch erscheint. Nicht zuletzt können sich darauf Zweifel daran stützen, ob das bayerische Wahlsystem auch unter Berücksichtigung seiner empirischen Wirkungen, wie es die bayerische Verfassung tut, tatsächlich als „verbessert“ bezeichnet werden sollte.

Die empirische Evidenz spricht zudem dafür, dass das im Wahlsystem angelegte Potenzial zu einer kandidatenorientierten oder personalisierten Stimmabgabe von den Wählern kaum genutzt wird. Vielmehr scheint ein erheblicher Teil der Bürger das eigentlich als kandidatenzentriert konzipierte System am Wahltag in ein für sie einfacher zu handhabendes, parteienorientiertes System umzuinterpretieren. Soweit die Landtagsabgeordneten ihre Wahlkreisstimmenergebnisse als persönliche Vertrauensbeweise werten, handelt es sich somit zumindest teilweise um eine Überinterpretation, da einige Bürger zwar einzelne Kandidaten wählen, aber nicht wegen deren persönlicher Fähigkeiten oder Eigenschaften; insoweit könnte man auch Probleme bei der Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten diagnostizieren. Die Ursache für die vorgefundenen Muster dürfte – wie bereits angedeutet – darin liegen, dass die politische Auseinandersetzung und der Wahlkampf in Bayern nicht auf der Stimm- oder Wahlkreisebene zwischen einzelnen Bewerbern, sondern auf der Landesebene zwischen Parteien ausgetragen werden. Da die Parteien auf dieser Ebene ihren Spitzenkandidaten eine herausragende Rolle zuweisen, könnten die Wähler, wenn sie sich zwischen den Parteien entscheiden, allerdings durchaus Kandidatenorientierungen als wichtiges Entscheidungskriterium nutzen. Diese auf den ersten Blick paradoxe Konstellation personalisierten Wahlverhaltens bei gleichzeitig ausgelassenen Personalisierungschancen deutet darauf hin, dass für die vielzitierte Personalisierung von Wahlen und Wählerverhalten weniger die institutionellen Voraussetzungen und stärker die Inhalte der politischen Kommunikation verantwortlich sind.

Einige Implikationen weisen auf weiteren Forschungsbedarf hin, der in einigen Aspekten kurz skizziert sei. Denn es ist nicht ausgemacht, dass Reihenfolgeeffekte nicht auch bei einer Ent-

scheidung zwischen Parteilisten auftreten. Da in Deutschland die Parteien auf einem Stimmzettel in der Reihenfolge ihres Stimmerfolgs beim vorausgegangenen Urnengang aufgeführt sind, könnten große Parteien, vor allem aber die grösste Partei stets mit einem Stimmenbonus rechnen, während neue Parteien eher einen Malus zu erwarten hätten. Das Wahlsystem wirkte insofern konservierend zugunsten der etablierten Parteien. Zwar scheinen in diesem Fall Reihenfolgeeffekte weniger wahrscheinlich, da in der bundesdeutschen Parteiendemokratie viele Bürger klare Parteipräferenzen besitzen dürften, doch sind sie gleichwohl nicht vornherein ausgeschlossen. Aber auch das hier untersuchte bayerische Wahlsystem, das zahlreiche ungewöhnliche Regelungen enthält, verdient weitere Analysen. Beispielsweise könnte man der Frage nachgehen, inwieweit die Tatsache, dass bei der Mandatsverteilung an die Parteien die Erst- und Zweitstimmen berücksichtigt werden, die Neigung der Wähler, Erst- und Zweitstimmen an Angebote unterschiedlicher parteipolitischer Couleur zu vergeben, im Vergleich zum Bundestagswahlsystem, in dem die Erststimmen für die Mandatsanteile der Parteien praktisch irrelevant sind, hemmt.

Tabelle 2: Effekt der Listenreihenfolge ohne und unter Kontrolle von Drittvariablen

	Alle Parteien		Aufbruch		Bürger-Block		Bayernpartei		Bündnis 90/Grüne		BüSo		CSU	
	b	$\beta$	b	$\beta$	b	$\beta$	b	$\beta$	b	$\beta$	b	$\beta$	b	$\beta$
Konstante	.037		.024		.044		.031		.040		.032		.037	
Listenführer	.442	.737	.557	.950	.349	.868	.258	.674	.347	.730	.389	.727	.501	.778
Listenplatz metr.	-.036	-.098	.010	.022	.045	.117	-.011	-.048	-.042	-.156	.085	.160	-.038	-.095
Korr. R <sup>2</sup> (x100)	59.8		88.5		65.8		47.7		62.3		43.2		66.1	
Konstante	.029		.022		-.017		.020		.028		.026		.032	
Listenführer	.375	.627	.573	.978	.302	.752	.266	.695	.361	.759	.475	.888	.415	.644
Listenplatz metr.	-.023	-.065	.006	.012	.028	.074	-.011	-.047	-.029	-.107	.079	.149	-.029	-.072
Geschlecht	.000	.000	.007	.004	.057	.188	.010	.037	.001	.009	.007	.017	.001	.003
Doktor	.017	.052	.091	.146	-.001	-.003	.010	.029	-.000	-.000	-		.014	.044
Professor	-.022	-.029	-		-		-		-	-	-		-.012	-.018
MdL	-.003	-.023	-		-		-		.029	.091	-		-.004	-.033
Minister(präsident)	.041	.053	-		-		-		-		-		.023	.055
Parteivorsitz	.186	.163	-.166	-.221	.055	.133	-.039	-.043	-.066	-.086	-.205	-.265	.224	.200
Fraktionsvorsitz	.064	.053	-		-		-		.075	.115	-		-.003	-.003
Korr. R <sup>2</sup> (x100)	63.2		90.3		69.0		48.0		66.0		46.9		69.7	
N (gewichtet)	23843		683		288		2259		2771		557		2543	

	FDP		Freie Franken		Freie Wähler		ÖDP		PBC		Republikaner		SPD	
	b	β	b	β	b	β	b	β	b	β	b	β	b	β
Konstante	.028		.068		.047		.035		.050		.049		.037	
Listenführer	.372	.725	.309	.792	.186	.398	.263	.591	.243	.653	.257	.633	.391	.688
Listenplatz metr.	-.018	-.062	.009	.023	-.018	-.054	-.021	-.077	-.023	-.087	-.036	-.132	-.036	-.107
Korr. R <sup>2</sup> (x100)	55.6		59.8		17.6		38.3		47.7		47.6		53.0	
Konstante	.024		-.002		.035		.020		.040		.048		.030	
Listenführer	.244	.475	.240	.615	.186	.397	.208	.468	.238	.638	.264	.652	.258	.454
Listenplatz metr.	-.019	-.064	.030	.079	-.016	-.048	-.019	-.071	-.025	-.094	-.034	-.126	-.030	-.089
Geschlecht	.001	.007	.046	.158	.008	.034	.010	.057	.006	.035	.0003	.001	.001	.007
Doktor	.011	.046	-		.011	.030	.012	.048	.086	.154	.029	.040	.012	.035
Professor	.069	.045	-		-		.161	.193	-		-		-.035	-.035
MdL	-		-		-		-		-		-		.005	.032
Minister(präsident)	-		-		-		-		-		-		-	
Parteivorsitz	.336	.409	.109	.260	-		.058	.055	.031	.041	-.048	-.044	.186	.105
Fraktionsvorsitz	-		-		-		-		-		-		.358	.358
Korr. R <sup>2</sup> (x100)	66.5		62.4		17.7		41.5		50.1		47.9		61.8	
N (gewichtet)	2780		87		2195		2780		1640		2480		2780	

Parteien: Aufbruch: Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit, BüSo: Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Freie Franken: Landeswählergruppe der Franken, PBC: Partei bibeltreuer Christen.